

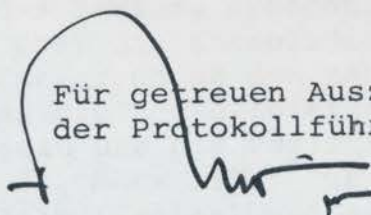
Zahlungsaufschub mit der Volksrepublik Kongo

Aufgrund des Antrages des EVD vom 5. September 1986
 Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Das Abkommen über die Gewährung eines Zahlungsaufschubes für Schulden der Volksrepublik Kongo wird im Sinne von Verhandlungsinstruktionen gutgeheissen. Der Zinssatz für den zu konsolidierenden Betrag ist zu marktnahen Bedingungen festzulegen.
2. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft wird beauftragt, die Verhandlungen mit der Volksrepublik Kongo über die Gewährung dieses Zahlungsaufschubes zu führen.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, zu gegebener Zeit die zur Unterzeichnung des Abkommens erforderliche Vollmacht auszustellen.

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer



Auszug an:		
<input type="checkbox"/> mit Beilage		
Dep.	Anz.	Akten
EDA	6	-
EDI		
EJPD		
EMD		
EFD	7	-
EVD	15	-
EVED		
BK	5	-
EFK	2	-
Fin.Del.	2	-

ZUSAMMENFASSUNG

Volksrepublik Kongo - Zahlungsaufschub

Die Volksrepublik Kongo, deren Erdölausfuhren rund 90 % aller Exporterlöse erbringen, ist infolge sinkender Erdölpreise und des tiefen Dollarkurses immer mehr in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Mit einer Aussenschuld (Ende 1985) von rund 2 Mrd \$ und einer Schuldendienststrafe von über 34 %, sah sich der Kongo genötigt an den Internationalen Währungsfonds zu gelangen, welcher diesem Land am 15. Juli 1986 ein 20monatiges "stand-by arrangement" über 22,4 Mio SZR genehmigte. Das damit verbundene Anpassungsprogramm bezweckt vor allem eine Begrenzung des BIP-Rückganges, der Inflation und des Zahlungsbilanzdefizites. Nach der Einigung mit dem IMF entsprach der Pariserklub am 18. Juli 1986 einem Umschuldungsbegehren des Kongos für garantierte kommerzielle Kredite in Form der dafür üblichen Empfehlungen an die Regierungen der Gläubigerländer.

Der Bundesrat wird ersucht, das BAWI zu ermächtigen, mit dem Kongo eine bilaterale Vereinbarung über die Konsolidierung ERG-gedeckter Forderungen abzuschliessen. Entsprechend den Empfehlungen des Pariserklubs soll das Abkommen die Konsolidierung von Zahlungsrückständen per 31. Juli 1986 regeln und die Fälligkeiten (zahlbar zwischen dem 1. August 1986 und 31. März 1988) aus Krediten mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr (Kapital und Zinsen) festlegen, die vor dem 1. Januar 1986 vertraglich vereinbart wurden. 10 % der Zahlungsrückstände sollen in drei gleich hohen Jahresraten je am 31.3.1988, 1989 und 1990 bezahlt werden. Die restlichen 90 % sind in 10 gleichen aufeinanderfolgenden Semesterraten zu begleichen, die erste fällig am 31. Juli 1990, die letzte am 31. Januar 1995. Was die Fälligkeiten anbelangt, so sollen auch hier 5 % in drei Raten je am 31.3.1988, 1989 und 1990 bezahlt werden, die restlichen 95 % in 12 Semesterraten, die erste am 30.11.1991, die letzte am 31.5.1997.

Für die Schweiz dürften sich die umzuschuldenden Forderungen auf rund 11,5 Millionen Franken belaufen. Der durchschnittliche ERG-Deckungssatz beträgt 70 %, sodass die ERG-Rechnung mit rund 8,1 Mio Franken belastet werden dürfte.

Die Antragstellung erfolgt einvernehmlich mit dem EDA und der Eidg. Finanzverwaltung.



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

2310.1

Bern, den 5. September 1986

An den Bundesrat

Volksrepublik Kongo - Zahlungsaufschub

Die Vertreter westlicher Gläubigerstaaten befassten sich am 18. Juli 1986, im Rahmen des "Club de Paris", mit einem Umschuldungsgesuch der Volksrepublik Kongo. Die Modalitäten für diesen Zahlungsaufschub wurden mit Vertretern des Schuldnerlandes in der üblichen Form von Empfehlungen an die Regierungen der betroffenen Gläubigerstaaten vereinbart.

1. Ausgangslage

Die Volksrepublik Kongo, deren Wirtschaft vom Erdöl dominiert wird, geriet seit 1983 immer mehr in finanzielle Schwierigkeiten. Der Erdölsektor erbringt rund 90 % aller Exporterlöse, während sein Anteil am BIP 40 %, und an den Budgeteinnahmen etwa 66 % beträgt. Die sinkenden Erdölpreise und der tiefe Dollarkurs brachten das Land mit seinem ehrgeizigen Fünf-Jahresplan (1982-1986) und Investitionsprogramm, immer mehr in Zahlungsschwierigkeiten. Infolge der rückläufigen Erdölproduktion (-4,3 %) sank das BIP 1985 um 3,6 %. Das Budgetdefizit, welches 1984 noch 3,5 % des BIP betrug, stieg 1985 auf 6,7 %. Mangels verfügbarer Devisen

nahmen die Zahlungsrückstände an Gläubiger im Ausland immer mehr zu und erreichten Ende 1985 8,4 % des BIP oder 191 Mrd F CFA (rund 1 Mrd SFr.). Während die Inflationsrate 1984 noch 12,4 % betrug, gelang es diese 1985 auf 6,3 % zu senken. Dagegen gingen die Exporterlöse 1985 gegenüber dem Vorjahr um volle 13 % zurück.

Mit einer Aussenschuld Ende 1985 von 1,7 Mrd SZR (rund 2,0 Mrd SFr.) was etwa 73 % des BIP entspricht, bleibt die Verschuldungslage der Republik Kongo nach wie vor problematisch. Für 1985 wurde die Schuldendienstrate mit 34,4 % beziffert. Ohne Umschuldung würde sie sich 1986 infolge sinkender Exporterlöse auf etwa 59 % erhöhen. Das Zahlungsbilanzdefizit betrug 1985 80 Mio SZR. Ohne Zahlungsaufschub müsste 1986 mit einem Defizit von 369 SZR, für 1987 sogar mit 391 Mio SZR gerechnet werden.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) genehmigte am 15. Juli 1986 ein 20monatiges "stand-by arrangement" über 22,4 Mio SZR. Das damit verbundene Anpassungsprogramm, welches das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz wieder herstellen soll, hat folgende Ziele:

- Begrenzung des BIP-Rückgangs auf 3 % für 1986 und 4 %-Wachstum für 1987.
- Begrenzung der Inflation auf 8 % für 1986 und 6 % für 1987.
- Begrenzung des Zahlungsbilanzdefizits auf etwa 16 % des BIP für 1986 und etwa 10 % für 1987.

Diese Ziele sind mit folgenden Auflagen verbunden:

- Reduzierung des öffentlichen Investitionsprogramms 1986 von 190 Mrd F CFA auf 65 Mrd F CFA.

- Erarbeitung eines Investitionsprogramms mit der Weltbank für 1987.
- Massnahmen zur Verbesserung der finanziellen Situation von sechs staatlichen Unternehmen.
- Erhöhung der Produzentenpreise von 10 bis 100 % ab Mai 1986.
- Abschaffung der Kaffee-, Kakao-, Markt- und anderer Staatsmonopole.
- Reduktion des Budgetdefizits auf 4,1 % des BIP für 1986 und Beschränkung auf 4,5 % für 1987.
- Begleichung sämtlicher Zahlungsrückstände.
- Restriktive Kreditpolitik.

2. Konsolidierungsabkommen

Die Vereinbarung im Rahmen des "Club de Paris" erfasst die Konsolidierung von Forderungen im Betrag von rund 961 Mio \$. Obwohl die Volksrepublik Kongo ein mehrjähriges Umschuldungsabkommen bis 1989 beantragte, einigten sich die Gläubigerländer auf eine Umschuldung mittel- und langfristiger Zahlungsrückstände per 31. Juli 1986, sowie Fälligkeiten (Kapital und Zinsen) zwischen dem 1. August 1986 und dem 31. März 1988. Dies entspricht der Laufzeit des IWF "stand-by arrangement".

Die im Pariserklub vereinbarten Umschuldungsmodalitäten sind im nachstehenden Vertragsentwurf berücksichtigt worden:

- Abkommensgegenstand bilden die mittel- und langfristigen Zahlungsrückstände per 31. Juli 1986, sowie garantierte kommerzielle Fälligkeiten aus Krediten mit einer Laufzeit von über einem Jahr (Kapital und Zinsen), die in der Zeit vom 1. August 1986 bis 31. März 1988 zahlbar sind, und die vor dem 1. Januar 1986 vertraglich vereinbart wurden. Die Gesamtsumme beläuft sich auf rund 11,5 Millionen Franken (Art. 1).

- Die in Artikel 1 erfassten Zahlungsrückstände per 31. Juli 1986 und Fälligkeiten (Kapital und Zinsen) werden wie folgt, einschliesslich einer Karenzzeit von 4 Jahren, beglichen.
 - Zahlungsrückstände: 10 % in 3 gleich hohen aufeinanderfolgenden Jahresraten, die erste am 31. März 1988, die letzte am 31. März 1990. Die restlichen 90 % werden in 10 gleichen aufeinanderfolgenden Semesterraten beglichen, die erste fällig am 31. Juli 1990, die letzte am 31. Januar 1995.
 - Fälligkeiten: 5 % in 3 gleich hohen aufeinanderfolgenden Jahresraten, die erste am 31. März 1988, die letzte am 31. März 1990. Die restlichen 95 % sind in 12 gleichen aufeinanderfolgenden Semesterraten zu begleichen, die erste fällig am 30. November 1991, die letzte am 31. Mai 1997 (Art. 2).
- Die Zahlungen sind in frei transferierbaren Schweizerfranken zu leisten (Art. 3).
- Der festzulegende Konsolidierungszinssatz ist zu marktnahen Bedingungen bilateral auszuhandeln (gegenwärtig bei 6,75 %) (Art. 4).
- Dasselbe trifft zu für Verzugszinse aus überfälligen Forderungen (Art. 5).
- Garantierte kommerzielle Fälligkeiten, die nicht unter dieses Abkommen fallen, sind sobald wie möglich zu begleichen, spätestens jedoch bis zum 31. Oktober 1986 (Art. 6).
- Artikel 7 enthält die Meistbegünstigungsklausel und Artikel 8 bestimmt, dass das Abkommen mit der Unterzeichnung in Rechtskraft tritt. Das Inkrafttreten bei Unterschrift hat den Vorteil, dass Verzögerungen und Unsicherheiten in der Abwicklung vermieden werden. Es ist zu erwarten, dass der Abkommenstext keine nennenswerten materiellen Änderungen erfährt, ansonst dieser dem Bundesrat vor einer Unterzeichnung erneut zur Genehmigung unterbreitet würde.

3. Auswirkungen auf die Schweiz

Gemäss BRB vom 14. Januar 1981 (unveröffentlicht) soll bei Schuldenkonsolidierungen grundsätzlich auf den Einsatz von Bundesmitteln verzichtet werden. Die Konsolidierung mit der Volksrepublik Kongo wird daher in Form eines Zahlungsaufschubes abgewickelt werden. Dies bedeutet, dass die Exporteure nur mit einer Schadenvergütung entsprechend dem jeweiligen Deckungssatz der ERG rechnen können. Für den ERG-ungedeckten Teil haben sie selbst aufzukommen.

Die umzuschuldenden Forderungen belaufen sich auf rund 11,5 Millionen Franken. Unter den 10 westlichen Gläubigerländern befindet sich die Schweiz damit an letzter Stelle. Der durchschnittliche ERG-Deckungssatz beträgt 70 %, sodass die ERG-Rechnung mit rund 8,1 Mio Franken belastet werden dürfte.

Der Bundesbeschluss vom 20. Juni 1980 über den Abschluss von Schuldenkonsolidierungsabkommen (SR 946.240.9) ermächtigt den Bundesrat zum Abschluss von Schuldenkonsolidierungsabkommen mit dem Ausland.

4. Aemterkonsultation

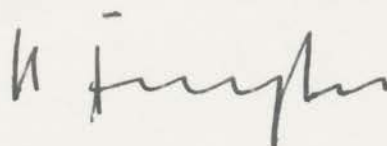
Im Rahmen der Aemterkonsultation sind die zuständigen Dienste des EDA und die Eidg. Finanzverwaltung begrüsst worden. Sie haben sich mit dem vorliegenden Antrag einverstanden erklärt.

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

Beilagen:

Abkommensentwurf
Entwurf des Bundesratsbeschlusses



Zum Mitbericht an:

- Finanz- und Wirtschaftsdienst, EDA
- Eidg. Finanzverwaltung

Protokollauszug an:

- EVD (GS 5, BAWI 10)
- EDA
- EFD
- BK, zum Vollzug

Zahlungsaufschub mit der Volksrepublik Kongo

Aufgrund des Antrages des EVD vom 5. September 1986

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Der vorgelegte Entwurf zu einem Abkommen über die Gewährung eines Zahlungsaufschubes für Schulden der Volksrepublik Kongo wird im Sinne von Verhandlungsinstruktionen gutgeheissen. Der Zinssatz für den zu konsolidierenden Betrag ist zu marktnahen Bedingungen festzulegen.
2. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft wird beauftragt, die Verhandlungen mit der Volksrepublik Kongo über die Gewährung dieses Zahlungsaufschubes zu führen.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, zu gegebener Zeit die zur Unterzeichnung des Abkommens erforderliche Vollmacht auszustellen.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

P r o j e t

A c c o r d

entre le Gouvernement de la Confédération suisse
et le Gouvernement de la République Populaire du Congo
concernant le rééchelonnement des dettes congolaises

Le Gouvernement de la Confédération suisse

et

le Gouvernement de la République Populaire du Congo

agissant conformément aux recommandations du procès-verbal
agréé signé le 18 juillet 1986 à Paris entre représentants
de certains pays créanciers, dont la Suisse, et représen-
tants du Gouvernement de la République Populaire du Congo,

sont convenus de ce qui suit:

Article premier

1. Tombent sous les dispositions du présent Accord les dettes congolaises ci-après, résultant de crédits commerciaux consentis au Gouvernement du Congo ou bénéficiant de sa garantie, comportant initialement une durée de crédit supérieure à un an, garantis par la Confédération suisse et ayant fait l'objet d'un contrat conclu avant le 1er janvier 1986, soit:
 - a) les arriérés en principal et intérêts échus au 31 juillet 1986;
 - b) les montants en principal et intérêts échus ou venant à échéance entre le 1er août 1986 et le 31 mars 1988.

2. Le montant global des échéances s'élève à 11,5 millions de francs suisses. Les échéances ainsi concernées par cet Accord sont spécifiées dans une liste séparée faisant partie intégrante de cet Accord. Tout changement nécessite un accord réciproque.

Article 2

Les dettes du Congo déterminées à l'article premier seront remboursées comme suit:

1. En ce qui concerne les arriérés au 31 juillet 1986:

10 % en 3 paiements annuels égaux et consécutifs, le premier intervenant le 31 mars 1988 et le dernier le 31 mars 1990;

90 % en 10 paiements semestriels égaux et consécutifs, le premier intervenant le 31 juillet 1990 et le dernier le 31 janvier 1995.

2. En ce qui concerne les montants en principal et intérêts venant à échéance entre le 1er août 1986 et le 31 mars 1988:

5 % en 3 paiements annuels égaux et successifs, le premier intervenant le 31 mars 1988 et le dernier le 31 mars 1990;

95 % en 12 paiements semestriels égaux et successifs, le premier intervenant le 30 novembre 1991 et le dernier le 31 mai 1997.

Article 3

Les paiements prévus dans le cadre de cet Accord se feront en francs suisses librement transférables par la "Caisse Congolaise d'Amortissement" à Brazzaville à une banque suisse à désigner.

La "Caisse Congolaise d'Amortissement" fera parvenir une copie des ordres de paiement respectivement à l'Office fédéral des affaires économiques extérieures à Berne ainsi qu'au Bureau de la garantie contre les risques à l'exportation à Zurich.

Le Gouvernement de la République Populaire du Congo renonce à tout droit de compensation pour les montants exigibles en vertu du présent Accord. Il exécutera ponctuellement toutes les obligations prévues dans le présent Accord, indépendamment de toute objection qu'il peut avoir concernant le contrat de livraison conclu entre les créanciers suisses et les débiteurs congolais.

Article 4

Le Gouvernement du Congo s'engage à payer un intérêt sur les soldes impayés des dettes. Cet intérêt sera calculé à partir de l'échéance contractuelle de ces dettes jusqu'à la date de leur paiement et sera versé semestriellement à la banque suisse à désigner, le 30 juin et le 31 décembre de chaque année, pour la première fois le 31 décembre 1986. La comptabilisation se fera sous forme de compte courant tous les 6 mois.

Le taux d'intérêt sera de \dots % par an.

Article 5

D'éventuels retards de paiements seront sujets à un intérêt de retard au taux de % p.a., calculé à partir de la date des échéances fixées aux articles 2 et 4 du présent Accord jusqu'à l'entrée des fonds auprès de la banque suisse à désigner.

Ces intérêts de retard seront réglés à la banque suisse à désigner dans les meilleurs délais.

Article 6

Le Gouvernement du Congo s'engage à payer les échéances dues et non réglées au titre de crédits commerciaux garantis par la Confédération suisse, et n'entrant pas dans le champ d'application du présent Accord, le plus tôt possible, au plus tard le 31 octobre 1986.

Article 7

Le Gouvernement du Congo s'engage:

- a) à accorder à la Suisse un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui qu'il accordera à tout autre pays créancier pour le refinancement ou le rééchelonnement de dettes de termes comparables.
- b) à informer à cette fin le Gouvernement suisse des dispositions de tout accord de refinancement ou de rééchelonnement de dette qu'il conclurait conformément à l'alinéa a) de cet article.

Bahia 22. September 1986

Bahia 22. September 1986

Bahia

1565

Article 8

Le présent Accord entrera en vigueur à la date de sa signature.

En foi de quoi, les plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés, ont signé le présent Accord.

Fait à _____, le _____, en deux exemplaires en langue française.

Pour le Gouvernement de
 la Confédération suisse:

Pour le Gouvernement de la
 République Populaire du Congo: